



Arbeitsplätze: Produktion preisgünstiger Möbel im sächsischen Wittichenau

Foto dpa

Sachsen produzieren für Ikea

Für seinen größten Kunden lässt der Möbelhersteller Maja in einem hochautomatisierten Werk nahe Hoyerswerda fertigen. Die Schweden suchen weitere Lieferanten in Deutschland.

esc. WITTICHENAU, 25. April. Wie ein riesiges Ikea-Lager sieht die Versandhalle der Maja-Möbelwerke aus. Bis unter die Decke stapeln sich die Paletten mit den braunen Ikea-Pappkartons – fertig bedruckt mit Barcode, achtstelliger Artikelnummer und Namen wie Kallax, Malm, Alex oder Nordli. Bis zu dreißig Lastkraftwagen fahren jeden Tag die Möbelfabrik in dem kleinen Örtchen Wittichenau in Sachsen an. Von hier aus werden die Regale, Kommoden und Schubladencorner zum größten Teil direkt auf die 50 deutschen Ikea-Filialen verteilt, wo die Kunden sie später in der SB-Halle oder an der Lagerausgabe auf ihre Einkaufswagen hieven – ohne zu wissen, dass ihre bei der schwedischen Kette erworbenen Möbel aus sächsischer Produktion stammen.

Ausschließlich für Ikea fertigt der Mittelständler Maja in der strukturschwachen Region nahe Hoyerswerda, eine gute Autostunde nordöstlich von Dresden. Rund 630 Beschäftigte arbeiten im Dreischichtbetrieb in dem hochmodernen Werk auf der grünen Wiese. Vor drei Jahren wurde die Produktionsfläche für 65 Millionen Euro mehr als verdoppelt auf 85 000 Quadratmeter – in enger Ab-

stimmung mit Ikea. „Wir verstehen uns als Partner, nicht nur als Zulieferer“, sagt Uwe Gottschlich. Nach gut zwanzig Jahren Zusammenarbeit sei Maja inzwischen ein Entwicklungslieferant, der die in Schweden erdachten Designideen in der Produktion umsetze.

Im Fall der jüngsten Werkerweiterung stand das Thema Leichtbau im Fokus. Auf diese Weise hergestellte Möbel seien wegen ihres geringen Gewichts bequem für die Käufer, benötigten weniger Rohstoffe und sparten Transportkosten, beschreibt Gottschlich die Vorteile. Vorzeigeprodukt in Sachen Leichtbau ist das Regal Kallax. Auf gut 100 Meter langen Fertigungsstraßen erfolgt die Produktion in den riesigen Hallen nahezu vollautomatisch. Zwischen zwei dünne Hartfaserplatten kommt eine Füllung aus leichten Pappwaben, als Umrandung dienen kleine Spanplattenstücke. Dann werden die Regalelemente von Robotern weitergereicht, werden verleimt, gepresst, mit Lössern versehen, lackiert. Handarbeit ist fast ausschließlich in der Verpackung gefragt, wo die Möbelteile mit allem Zubehör und Aufbauanleitung in die Kartons sortiert werden.

Die Anzahl der Kallax-Varianten wird mit vier verschiedenen Größen und drei Farben überschaubar gehalten, um auf hohe Stückzahlen zu kommen. „Das Thema Leichtbau ist in vielen Köpfen“, berichtet Elmar Duffner, Geschäftsführer der Maja-Muttergesellschaft Vivonio Furniture Group, anlässlich einer Pressereise des Verbands der Deutschen Möbelindustrie (VDM). Doch es bedürfe großer Volumina, um die Produktion effizient zu betreiben. Regelmäßig kommen Ikea-Spezialisten in das Werk, um Kriterien

wie etwa den Energieverbrauch und den Spanplattenbezug aus nachhaltiger Forstwirtschaft zu überprüfen.

Maja sieht sich als einer der größten Lieferanten von Ikea. Der weltweit führende Möbelhändler (rund 32 Milliarden Euro Umsatz) betreibt eigene Werke unter anderem in Polen, Russland, Frankreich, Schweden, China und den Vereinigten Staaten und bezieht darüber hinaus Artikel von rund 1000 Zulieferern. An Platz eins steht China mit rund 350 Lieferanten, gefolgt von Polen, Italien und Litauen, wie Thomas Schäfer berichtet. Der 41 Jahre alte gebürtige Kölner, der nach dem Geographiestudium und Stationen bei Opel und KPMG seine Laufbahn einst in der Ikea-Filiale in Köln-Godorf begann, verantwortet in der Konzernzentrale in Älmhult den Einkauf in Nordeuropa.

Deutschland liegt an Platz sechs der Lieferländer. Derzeit arbeiten 30 Möbelhersteller der schwedischen Kette zu, was etwa 4 Prozent des gesamten Einkaufsvolumens entspricht. Neben Maja gehört dazu beispielsweise die Bürstadt Furniture GmbH aus Süddeisen, die Pax-Kleiderschränke und Method-Küchenschränke herstellt. „Je schwerer die Möbel, desto näher sind wir am Markt“, stellt Einkaufsmanager Schäfer fest. Angesichts der Expansionspläne – mittelfristig sollen allein hierzulande 20 neue Filialen entstehen – benötige Ikea weitere Hersteller und schaue sich dafür auch in Deutschland um. Selbst für Kleinteile wie Töpfe wird momentan nach hiesigen Lieferanten gesucht. Mit einem Umsatz von 4,4 Milliarden Euro ist Deutschland der größte Einzelmarkt für Ikea.

Die Lohnkostennachteile gegenüber der Konkurrenz aus Osteuropa könnten durch eine hohe Automatisierung und die direkte Belieferung der Filialen wettgemacht werden, meint Duffner, der zuvor für die Küchenhersteller Alno und Poggenpohl tätig war. In Zukunft werde die schnelle Verfügbarkeit für die Endkunden entscheidend sein. Mit Blick auf den hart umkämpften, unter hohem Importdruck stehenden deutschen Möbelmarkt stellt der frühere VDM-Präsident aber auch fest: „Um hier auch künftig zu bestehen, muss man sich schon extrem gut aufstellen.“

Die Gefahr, in Abhängigkeit von seinem größten Kunden zu geraten, sieht Duffner unterdessen nicht. Zum einen sei Maja durch langfristige Abnahmegarantien abgesichert. Zudem stehe man bei Verhandlungen mit Einkaufsverbänden wie Atlas, Begros oder Giga International ebenfalls großen Spielern gegenüber. Mit einem zweiten Werk im oberfränkischen Kasendorf bedient Maja Möbelhandelsketten wie XXXLutz, Höfner, Porta und Segmüller. Zur in München ansässigen Vivonio-Holding gehören außerdem der Schlafmöbelhersteller Staud sowie Sciae, ein französischer Spezialist für Mitnahmemöbel.

Durch Zukäufe will Duffner den Umsatz der Gruppe, die sich im Besitz der Finanzinvestoren Equistone und Orlando befindet, von zuletzt 299 Millionen Euro mittelfristig auf 500 Millionen Euro ausbauen. Europaweit wird Ausschau nach profitablen Kastenmöbelherstellern mit einem Umsatz von bis zu 200 Millionen Euro gehalten, die etwa mangels Nachfolger an einen Verkauf denken. „Es gibt noch den einen oder anderen Hidden Champion.“

Versicherer bemängelt Qualität künftiger Asylheime

Schadenaufwand für Brände betrug 2015 rund 5 Millionen Euro / Brandschutz habe oberste Priorität

ols. STUTTGART, 25. April. Die SV Sparkassenversicherung hat sich besorgt über den baulichen oder technischen Zustand künftiger Asylbewerberheime gezeigt. Die Qualität der Gebäude verändere sich, sagte Klaus Zehner, Vorstandsmitglied des Versicherers, bei der Vorlage der Bilanz in Stuttgart. Die Einhaltung der Brandschutzvorschriften zum Schutz von Menschenleben habe oberste Priorität bei der Versicherung entsprechender Unterkünfte. Geld hat die Versicherung damit wohl im vergangenen Jahr nicht verdient. Es sehe eher nach einem Verlust aus. Rund 5 Millionen Euro betrug 2015 der Schadenaufwand für Brände bei den entsprechenden Gebäuden.

Die SV Sparkassenversicherung kooperiert mit der Allianz um die deutsche

Marktführerschaft in der Wohngebäudeversicherung. Die Versicherungsgesellschaft hat aktuell 800 Asylbewerberobjekte in Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz im Bestand. Obwohl es sich offenbar um ein Zuschussgeschäft handelt, sieht sich der öffentlich-rechtliche Versicherer in der Pflicht. „Wir haben eine soziale Verantwortung“, sagte Zehner, der auch darauf hinweist, dass es manchmal Gemeinden gibt, die beispielsweise die von Unternehmen geforderte Videoüberwachung zum Brandschutz aufgrund von Datenschutzüberlegungen kritisch sehen.

Der Versicherer weiß, dass das Thema heikel ist. Denn: Im vergangenen April wäre die Stimmung gegen die Branche beinahe gekippt. Die Basler Versiche-

rung kündigte damals einem Feriendorf im Odenwald die Inventarversicherung, nachdem dort Flüchtlinge untergebracht wurden. Nach öffentlicher Kritik zog das Unternehmen die Kündigung aber zurück. Für die Versicherungsbeiträge sei es nicht ausschlaggebend, wer in einem Gebäude wohne, teilte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) mit. „Statistiken der Versicherungswirtschaft zeigen, dass der Schadenaufwand deutlich höher liegt, wenn Häuser nur kurzzeitig von wechselnden Mietern bewohnt werden. Das gilt für Touristen, Montagearbeiter, Studenten oder Flüchtlinge gleichermaßen.“

Insgesamt stellte die SV Sparkassenversicherung positive Jahreszahlen für 2015 vor. Trotz hoher Unwetterschäden konn-

te das Unternehmen mit seinen gut 5000 Mitarbeitern sein Jahresergebnis nach Steuern um 30 Millionen Euro auf 173,7 Millionen Euro steigern. Die Gesamtbeiträge blieben konstant bei 3,4 Milliarden Euro. 2015 hatte Orkan Niklas über Deutschland gewütet, die Unwetterschäden für die Versicherung stiegen um fast die Hälfte auf etwa 110 Millionen Euro. Im Vergleich zum Jahr 2013 mit gut 800 Millionen Euro Schaden – vor allem wegen Hagels – war der Wert aber relativ niedrig. Die SV hat in der Elementarschadenversicherung in Baden-Württemberg immer noch einen großen Marktanteil, weil dort früher Versicherungspflicht herrschte. Nur die Versicherungskammer Bayern ist im Sparkassensektor größer.

Chinas Automesse im Zeichen des Abgas-Skandals

Daimler-Chef Zetsche: Wenn es ein Defizit gibt, muss man es beheben / Westliche Hersteller unter Druck

hena. PEKING, 25. April. In der Diskussion um erhöhte Abgaswerte gleichen sich die Pressekonferenzen deutscher Autohersteller in China immer stärker der Öffentlichkeitspolitik der chinesischen Regierung an: Nachfragen sind nicht erwünscht. Am Sonntag hatte Volkswagen China-Vorstand Jochem Heizmann vor den im Rahmen der Pekinger Automesse eingeladenen Journalisten weder über den Rekordverlust sprechen wollen, den Volkswagen infolge der Rückstellungen eingefahren hat, die der Wolfsburger Autobauer nach dem Diesel-Betrug bilden musste – noch waren Fragen zu den Bonuszahlungen für die VW-Vorstände genehm, auf die diese trotz der schwierigen Lage des Unternehmens nicht verzichten wollen.

Am Montag teilte nun auch der Stuttgarter Daimler-Konzern zu Beginn einer Gesprächsrunde mit deutschen Journalisten am Rand der Automesse mit, dass man nichts weiter sage zur Aufforderung der amerikanischen Justiz, die eigenen Prozesse in Bezug auf Abgasemissionen zu untersuchen. Daimlers Konzernsprecher verlas an der Seite von Vorstandschef Dieter Zetsche eine Erklärung, dass

man „vollumfänglich“ mit den amerikanischen Behörden kooperiere. „Etwaigen Hinweisen auf Regelverstöße“ werde Daimler „konsequent nachgehen“. Das war es. Der Nachrichtenagentur Bloomberg aus Amerika, dem Land, in dem sich Daimler mit Sammelklagen konfrontiert sieht, sagte Zetsche noch, dass die Autobauer „transparent“ sein müssten, wie sie die Abgas- und Verbrauchsnormen einhielten. Gebe es „irgendwo ein Defizit“, müsse man dieses „beheben“, so Zetsche.

Dass die deutsche Bundesregierung am Freitag festgestellt hat, dass bis auf BMW fast alle deutschen Hersteller ihre Fahrzeuge umweltfreundlicher aussehen lassen, als sie in Wirklichkeit sind, kommt für Deutschlands Autobauer zur Unzeit. Die Pekinger Automesse, die am Montag begonnen hat, findet statt im größten Fahrzeugmarkt der Welt. In der Geschichte des Automobils hat China jahrelang einen Rekord für die meisten verkauften Neuwagen auf der Welt nach dem anderen eingefahren. Nun wächst jedoch die chinesische Wirtschaft nicht mehr so stark wie früher. Die Restriktionen – etwa für den Erhalt eines

Nummernschild – werden angesichts der von Dauerstarb verstopften Städte an der Ostküste immer schärfer. In den unbekannteren und ärmeren Städten, die weiter westlich im Inland liegen, haben viele chinesische Autokäufer entdeckt, dass Chinas heimische Autohersteller große, gutaussehende SUVs zu sehr günstigen Preisen anbieten – und entscheiden sich in dem Wachstumssegment immer stärker gegen ein qualitativ besseres, aber eben auch sehr viel teureres Modell westlicher Autobauer.

Zwar sind die Verkäufe der Marke VW in China nach Steuererleichterungen für Fahrzeuge mit kleinen Motoren in den jüngsten beiden Quartalen wieder angezogen. Auch der Premium-Markt entwickelt sich gut. Daimler-Vorstandschef Zetsche ist überzeugt, von den schärferen Restriktionen in Chinas Straßenverkehr profitieren zu können. In Schanghai kostet ein Nummernschild derzeit um die 13 000 Euro. „Wenn Autofahren teurer wird, geben die Menschen auch für das Auto mehr aus“, sagte Zetsche und verwies auf die Beispiele Hongkong und Singapur, wo Daimlers Marktanteil überdurchschnittlich hoch ist.

Allerdings ist China ein Land, in dem Vertrauen eine große Rolle spielt. In einer Umfrage aus dem vergangenen Jahr haben 88 Prozent der Chinesen angegeben, das Land leide unter einer „Vertrauenskrise“. Gemeint war damit der Glaube an die Rechtschaffenheit chinesischer Beamter und lokaler Parteikader, vor allem aber in die Qualität der Produkte heimischer Hersteller. Gerade die deutsche Industrie hat davon profitiert, dass sie im Gegensatz zu chinesischen Firmen gerade in China höchstes Vertrauen genossen hat. Das chinesische Wort für Deutschland lautet „Land der Tugend“. Sollte sich der Eindruck breitmachen, dass deutsche Hersteller betrügen, könnte sich dies auch auf den Absatz auswirken. Der früher von der deutschen Autoindustrie in China vielbeworbene Diesel-Motor dürfte indes keine Zukunft im größten Markt der Welt haben. Während sie früher dessen Sparsamkeit bei jeder Gelegenheit in China betont haben, betonen Hersteller wie Daimler und Volkswagen nach dem VW-Abgas-Skandal um Diesel-Motoren nun, dass der Anteil der verkauften Dieselfahrzeuge in der Volksrepublik unter 1 Prozent liege. (Kommentar, Seite 22)

Taktisches Spiel um die Lichtsparte von Philips

Technikkonzern nennt nun Börsengang wahrscheinlich

smo. FRANKFURT 25. April. Das taktische Ringen um die Beleuchtungsparte von Philips geht in die entscheidende Phase. Der niederländische Elektronikkonzern bezeichnet jetzt wieder einen Börsengang als wahrscheinliche Variante. In diesem Fall werde Philips sich nicht auf einen Schlag von allen Anteilen trennen, sagte Vorstandsvorsitzender Frans van Houten am Montag im Gespräch mit dieser Zeitung. „Wir haben keine Prozentzahl genannt, aber es werden sicherlich keine 100 Prozent.“ Bis Philips alle Anteile losgeschlagen habe, werde es „ein paar Jahre“ dauern. Das Unternehmen würde am heimatischen Börsenplatz notiert, der Teil der europäischen Börse Euronext ist: „Es wäre Amsterdam“, sagte van Houten zu dem Börsenplatz der Wahl. Und: Die Entscheidung, ob Philips die Lichtsparte an die Börse bringt oder an einen Bieter verkauft, soll bald fallen. Das werde „irgendwann im zweiten Quartal“ passieren, „in den kommenden acht Wochen“.

Philips hatte im September 2014 angekündigt, sich von der Beleuchtungsparte zu trennen – und damit von jenem Geschäft, das die historische Wurzel des Konzerns darstellt. Zunächst hieß es, man strebe einen Börsengang an. Später rückte als gleichberechtigte Variante die Option in den Vordergrund, das Geschäftsfeld zu verkaufen: an einen Wettbewerber oder, wahrscheinlicher, an Finanzinvestoren.

Dieses Hintergrund gilt es denn auch zu berücksichtigen, um die aktuellen Aussagen des Unternehmens zu bewerten: Wenn Manager mit anderen Unternehmen über eine Sparte verhandeln, betonen sie – gerade zum Ende des Prozesses hin – gerne die Option, das Unternehmen könne auch an die Börse gehen. Das soll dann den Druck auf die Verhandlungspartner erhöhen, bei ihren Geboten noch einmal nachzulegen. Van Houten äußerte sich dazu nicht konkret. Er sagte nur, die Entscheidung werde anhand dreier Kriterien getroffen: des Werts, der für die Sparte zu erzielen ist; der Komplexität; und danach, welche Option eine gute Zukunft für das Unternehmen biete.

Am Morgen hatte das Unternehmen den Gang an den Kapitalmarkt als naheliegende Variante bezeichnet: „Ein Börsengang erscheint als wahrscheinlicheres Resultat, abhängig von weiteren Marktentwicklungen und anderen relevanten Umständen“, teilte das Unternehmen mit. Das Börsenklima sei jetzt besser als zu Jahresbeginn, sagte van Houten. Gleichzeitig laufen die Verhandlungen mit den Bieterparteien weiter. „Wir sind noch im Gespräch und beurteilen jetzt die Gebote“, sagte van Houten. „Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.“

Die Finanz- und Wirtschaftszeitung „Het Financieele Dagblad“ berichtete kürzlich, unter den Interessenten seien die Private-Equity-Gesellschaften Apollo, ein Konsortium aus Blackstone und Onex sowie die chinesische Go Scale Ca-

pital. Sie lägen aber mit ihren Geboten 500 Millionen Euro unter dem verlangten Preis von 5 Milliarden Euro.

Sollte die Beleuchtungsparte tatsächlich an die Börse gehen, so wäre das die niederländische Variante dessen, was Siemens hierzulande mit seiner Beleuchtungsparte Osram tat. Das Unternehmen ist inzwischen im M-Dax der mittelgroßen Standardwerte geführt. Die entsprechende Philips-Sparte wäre auf mittlere Sicht ein Kandidat für den niederländischen Leitindex AEX, der sich wie der deutsche Dax im Kern an der Marktkapitalisierung des Streubesitzes orientiert. Die Marktkapitalisierung ist zwar nur grob abschätzbar, als Größenordnung kann aber der Preis dienen, den Philips von seinen Verhandlungspartnern für einen Direktverkauf fordert.

Da sich Philips allerdings schrittweise von den Anteilen trennen würde, wäre der Streubesitz erst einmal begrenzt. Deswegen dürfte es einige Zeit dauern, bis das Papier in den AEX aufgenommen würde. Die Sparte erzielt etwa 7,4 Milliarden Jahresumsatz und gehört, auch an dieser Kennzahl gemessen, zu den größten des Landes. Philips steigerte konzernweit im ersten Quartal den Umsatz um 3 Prozent auf 5,5 Milliarden Euro und das bereinigte operative Ergebnis (Ebita) um ein Siebtel auf 374 Millionen Euro. Die Aktie verlor 5 Prozent auf 23,78 Euro. Sie notierte damit etwa auf dem Niveau vom Jahresbeginn.

ANZEIGE

MORGEN IN NATUR UND WISSENSCHAFT

Quantenphysik als Videospiel

Laien lösen spielerisch ein schwieriges Quantenproblem

Sport fürs Seelenheil

Schwere psychiatrische Leiden sind mit Bewegung besser zu meistern

Shakespeare und kein Ende

Eine Tagung in Bochum erkundet die Pflanzen- und Tierwelt des Dichters

Sprachlose Politologen?

Die Kritik an der Politikwissenschaft geht am Ziel vorbei

Kostenloses Probeabo

0180 2 52 52*, www.faz.net/probeabo
* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhörspreis 42 Cent pro Minute.



Eon baut Windpark in der Ostsee

Kooperation mit norwegischem Energieversorger Statoil

bü. DÜSSELDORF, 25. April. Der Stromkonzern Eon baut zusammen mit dem norwegischen Energieversorger Statoil einen weiteren Windpark in der deutschen Ostsee. Für das Projekt „Arkona“ seien Investitionen von mehr als 1,2 Milliarden Euro veranschlagt, teilte Eon am Montag mit. Die beiden Energieriesen sind jeweils zu 50 Prozent beteiligt, beim Bau und Betrieb der 60 Windräder wird Eon die Regie führen. Die Bauphase soll spätestens 2017 beginnen, im Jahr 2019 soll der Park mit voller Leistung am Netz sein. Den Großauftrag für die Lieferung und Installation der Turbinen hat sich Siemens gesichert. Die Münchener hatten auch schon die Anlagen für den Eon-Windpark Amrumbank West in der Nordsee geliefert. Nach der Abspaltung der Tochtergesellschaft Uniper, in der die konventionellen Kraftwerke und der Energiehandel gebündelt werden, will sich Eon ganz auf die erneuerbaren Ener-

gien, Netze und den Vertrieb konzentrieren.

Die Investitionsentscheidung kommt sechs Wochen vor der Hauptversammlung, auf der die Aktionäre über die Neuausrichtung abstimmen werden. Mit Arkona festige Eon seine Rolle als ein beim Ausbau erneuerbarer Energien „führendes Unternehmen“, sagte Spartenvorstand Michael Lewis. Der Park ist rund 35 Kilometer nordöstlich von Rügen in Wassertiefen von bis zu 37 Metern geplant. Die Hauptbasis für den Bau und den späteren Betrieb ist der Hafen Sassnitz auf Rügen. Die Leistung von 385 Megawatt reicht rechnerisch aus, um 400 000 Haushalte mit Strom zu versorgen. Eon betreibt schon neun Offshore-Windparks in Europa; vor der britischen Küste ist eine weitere Anlage namens Rampion im Bau. Nach eigenen Angaben ist der Konzern der zweitgrößte Betreiber von Offshore-Windparks in der Welt.

Uniper nimmt Gestalt an

Die Aufgabentrennung im Eon-Konzern schreitet voran

bü. DÜSSELDORF, 25. April. Bernhard Reutersberg macht es vor. Ende Juni scheidet er aus dem Eon-Vorstand aus, um sich auf den Aufsichtsratsvorsitz von Uniper zu konzentrieren. Eine klare Aufgabentrennung hat nun auch der Eon-Vorstandsvorsitzende Johannes Teysen angekündigt: Spätestens im ersten Halbjahr 2017 will er den Posten als stellvertretender Chefkontrolleur von Uniper aufgeben und sich ganz der Eon-Führung widmen.

Zusammen mit ihm werden drei weitere Eon-Vorstände ihre Kontrollämter niederlegen. Ausnahme ist Michael Sen: Der Finanzchef soll als einziger aktiver Eon-Vorstand auch in Zukunft dem Kontrollgremium der Tochtergesellschaft angehören, in die der Konzern Anfang des Jahres sein Geschäft mit den konventionellen Großkraftwerken und den internationalen Energiehandel ausgelagert hat. Für die mittelfristig ausscheidenden Aufsichtsräte hat der Konzern am Montag eine Liste mit möglichen Nachfolgern präsentiert. Dazu gehören Jean-François Ci-

relli, bis Ende 2014 stellvertretender Vorstandschef des französischen Energiekonzerns GDF Suez, David Charles Davies, Finanzchef des österreichischen Öl- und Gasunternehmens OMV, ferner die frühere Finanzchefin von Cesio, Marion Helmes, und Rebecca Ranich, Direktorin beim amerikanischen Gas Technology Institute. Im Tagesgeschäft gehen die Kraftwerksgesellschaft Uniper und Eon mit seiner Ausrichtung auf erneuerbare Energien, Netz und Vertrieb schon getrennte Wege, am Kapitalmarkt bilden sie noch einen gemeinsamen Konzern.

Erst im Herbst, nach Zustimmung der Hauptversammlung, kann Uniper als eigenständige Gesellschaft an die Börse gebracht werden. Wie Eon die Wachstumsaussichten und Dividendenfähigkeit der beiden Gesellschaften beurteilt, wird sich an diesem Dienstag herausstellen. Auf einem Kapitalmarkttag in London wird das Management seinen Spaltungsbericht erläutern, der auch genauen Aufschluss über die Aufteilung von Vermögensteilen und Verbindlichkeiten geben wird.